en
hen
Nr. 6
on 12-6 Uhr
FRISCH GEKIRNT
Kein Laden
forzheim
folg. Artikel:
ken,
Winter-Mäntel,
ter Preis,
Mk. 35.—
ersatz".
Kein Laden
gute Qualitäten!
ttun, woll. Bett-
ezüge, Halpfel.
blaue Arbeits-Anzüge,
Geschenkpackungen
forzheim,
on 4306.
gestattet!
und billig die
ch'sche Buchdruckerei.
Schuhwaren.
Sohlen) rasch, gut
us, Oestliche.

Bezugspreis: Halbmonatl. in Neuenbürg 75 Goldpfg. Durch die Post im Orts- u. Oberamtsverkehr, sowie im sonst. inl. Verk. 93 G.-Pf. m. Postbestellgeb. Preise freibleib., Nacherhebung vorbehalten. Preis einer Nummer 10 Goldpfg.

In Fällen höh. Gewalt besteht kein Anspruch auf Lieferung der Zeitung od. auf Rückerstattung des Bezugspreises.

Bestellungen nehmen alle Poststellen, sowie Agenturen u. Austrägerinnen jederzeit entgegen.

Giro-Konto Nr. 24 O.A.-Sparkasse Neuenbürg.

Der Enztäler.

Anzeiger für das Enztal und Umgebung.

Amtsblatt für den Oberamtsbezirk Neuenbürg.

Erscheint täglich mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage.

Druck und Verlag der C. Meeh'schen Buchdruckerei (Inhaber D. Strom). Für die Schriftleitung verantwortlich D. Strom in Neuenbürg.

Anzeigenpreis: Die einsp. Petitzeile oder deren Raum im Bezirk 20, außerh. 25 Goldpfg., Rekl.-Zeile 80 Goldpfg. m. Inf.-Steuer. Kollekt.-Anzeigen 100% Zuschlag. Offerte und Auskunfterteilung 20 Goldpfg. Bei größeren Aufträgen Rabatt, der im Falle des Mahnverfahrens hinfällig wird, ebenso wenn Zahlung nicht innerhalb 8 Tagen nach Rechnungsdatum erfolgt. Bei Tarifveränderungen treten sofort alle früheren Vereinbarungen außer Kraft. Fernsprecher Nr. 4. Für telefonische Aufträge wird keinerlei Gewähr übernommen.

№ 297. | Samstag, den 19. Dezember 1925. | 83. Jahrgang.

Politische Wochenrundschau.

Der württembergische Landtag hat vor Weihnachten noch reinen Tisch gemacht und alle restlichen Gesetzesvorlagen, so das Baulandgesetz, den zweiten Nachtrag zum Staatshaushaltsgesetz, die 14. Aenderung des Besoldungsgesetzes, das Oberamtstierarztgesetz und das Landessteuergesetz erledigt. Die Dezemberverhandlungen des Landtags verliefen, wie es bei den trockenen Gegenständen, mit denen er sich zu befassen hatte, nicht anders zu erwarten war, in aller Ruhe. Nur einmal gab es eine stärkere Bewegung, als die Debatte von den Sorgen des eigenen kleinen Landes weg auf das Gebiet der hohen Politik übergriff, als nämlich Staatspräsident Bazille die Großen Anfragen der Demokraten und Sozialdemokraten hinsichtlich der Stimmenthaltung Württembergs im Reichsrat hinsichtlich des Vertrags von Locarno beantwortete. Diese Locarnodebatte hatte auch die Zuschauertribüne, die sonst immer sehr schwach besetzt ist, bis auf den letzten Platz gefüllt. Aber die von den meisten erwartete Sensation blieb aus, mußte ausbleiben, da die ganze Frage gar nicht mehr akut war, sondern schon der Vergangenheit angehörte. Der Staatspräsident verteidigte sich gegen die Angriffe so gut er konnte und gab offen zu, daß das württ. Staatsministerium mit dem Stimmenverhältnis 3:1 gegen die Stimme des Finanzministers Dr. Dehlinger sich für die Annahme des Locarnovertrages entschieden habe, aber doch mit dem Vorbehalt der endgültigen Stimmabgabe durch Offenhaltung des Protokolls für den Fall der Verzögerung der Rückwirkungen. Das Motiv hiezu war lediglich das Bestreben, die Reichsregierung in der Erreichung weiterer Rückwirkungen zu stärken. Als sich dann nachher bei der namentlichen Stimmabgabe im Reichsrat geschäftsordnungsmäßig die Unmöglichkeit einer solchen vorbehaltlichen Stimmabgabe ergab, beauftragte der gerade in Berlin anwesende Staatspräsident Bazille den württembergischen Gesandten, sich, da Rückwirkungen in der Zwischenzeit noch nicht eingetreten waren, der Stimme zu enthalten. Bei der zweiten Abstimmung im der Tatbestand in der von der Opposition als so ominös verschrieenen Stimmenthaltung Württembergs bei der ersten Abstimmung im Reichsrat. Bei der zweiten Abstimmung im Reichsrat, die nach der Annahme des Locarnovertrages durch den Reichstag erfolgte, stimmte Württemberg dann selbstverständlich ebenfalls dem Vertrag zu, da doch nichts mehr zu ändern gewesen wäre und der Grund für die Enthaltung in der ersten Abstimmung, die Reichsregierung nach außen zu stärken, weggefallen war.

Eine sehr leidige Frage beschäftigte in der letzten Zeit wieder die Oeffentlichkeit in sehr starkem Maße, nämlich die sich allmählich zu einem Skandal auswachsende Angelegenheit betr. der Ministerpensionen seit der Staatsumwälzung. Unter dem parlamentarischen Regime haben die Kabinette nicht mehr den langen Bestand wie früher, sondern wechseln sehr häufig. Die abgehenden Minister treten in den Ruhestand und beziehen, wenn sie nur die nach dem Beamtengesetz für einen Pensionsbezug erforderliche staatliche oder kommunale zehnjährige Dienstzeit hinter sich haben, die, wie es den Anschein hat, man durch eine sehr merkwürdige Berechnungsart oft erst konstruiert, auch wenn sie nur ganz kurze Zeit Minister gewesen waren. Die Höhe dieser Pensionslast schwillt allmählich ins Unermeßliche an und ist bei der heutigen schlechten Finanzlage des Reiches eine wirklich drückende Last. Die dringende Reformbedürftigkeit dieser Pensionsbestimmungen des Beamtengesetzes trat in den letzten Tagen durch den Fall des Ministers Schiele aufs neue zutage. Die Frage ist eine ganz prinzipielle und hat mit parteimäßiger Einstellung, ob rechts oder links, gar nichts zu tun. In keinem Lande der Welt, auch nicht den parlamentarisch regierten, außer Deutschland, könnte es der Fall sein, daß ein Minister nach neunmonatiger Ministerzeit einen lebenslänglichen Ruhegehaltsanspruch von jährlich 10 000 Mark und noch mehr erheben kann. Die nach dem Gesetz aber erforderliche zehnjährige Beamtendienstzeit hatte man rasch beieinander, indem man, formell wohl richtig, dem Reichsminister Schiele seine ganze Militärzeit als Reserveoffizier im Frieden und im Krieg anrechnete und so über die erforderlichen zehn Jahre hinaus zu einem Ueberschuß von sage und schreibe 62 Tagen gelangte. Das soll natürlich kein Vorwurf gegen den Minister Schiele sein, an dessen Beispiel der Widersinn der betr. gesetzlichen Bestimmungen nur besonders kraß in Erscheinung trat, sondern daran ist das System schuld, das geändert gehört. Ein Anfang hiezu ist bereits gemacht durch einen völkischen Antrag, eine Denkschrift über alle gewährten Ministerpensionen seit Kriegsende vorzulegen. Die Steuerzahler haben das größte Interesse daran, daß hier einmal Klarheit und dann Wandel geschaffen wird.

Die deutsche Regierungskrise geht weiter, da die Sozialdemokratie infolge mangelnden Vertrauens zur Deutschen Volkspartei sich nicht dazu entschließen konnte, ihren ablehnenden Standpunkt aufzugeben und einer großen Koalition beizutreten. Vor Weihnachten ist eine Lösung der Krise kaum mehr zu erwarten

Deutschland.

Stuttgart, 17. Dez. Der Nationalsozialistenführer Adolf Hitler sprach am Dienstag in der Liederhalle. Der Abend wurde mit Dankesworten an die württembergische Regierung eingeleitet, die dem nahezu überall mit Redeverbot belegten Führer das öffentliche Auftreten in Stuttgart ermöglicht hat. Seine Ausführungen gipfelten darin, daß erfolgreiche Wirtschaftspolitik ohne den Rückhalt an einer militärischen Macht nicht getrieben werden kann, und in einer schroffen Ablehnung des Geistes von Locarno.

Karlsruhe, 18. Dez. Die Deutschnationalen haben im badischen Landtag folgende Anfrage an die Regierung gerichtet: „Angesichts der wirtschaftlichen Not, die von Tag zu Tag zunimmt und Unzählige ihrer Existenzmittel teilweise oder ganz beraubt, empfindet man das Faschingstreiben nicht nur als einen sträflichen Leichtsinn, der in einer Zeit, die die größten Einschränkungen fordert, zu unnützen und schädlichen Ausgaben verleitet, sondern noch mehr als einen Hohn auf alles menschliche und soziale Empfinden. Da dieses Treiben schon gleich mit dem Beginn des neuen Jahres einzusetzen pflegt, so fragen wir an, ob die Regierung schon Maßnahmen zur äußersten Einschränkung des Faschingstreibens ins Auge gefaßt hat, vor allem auch, um zu verhindern, daß die Gemeinden durch Faschingsveranstaltungen dem Leichtsinn und der Verschwendungssucht Vorschub leisten?"

München, 18. Dez. Am 18. Januar wird wieder ein interessanter Prozeß vor dem bekannten Münchener Amtsgericht in der Au beginnen. Esser, der Freund Hitlers, hat den Studenten Pöhner, der als früherer Vertrauensmann des Nationalsozialistischen Volksbunds eine Schrift geschrieben hat: „Die Wahrheit über Hitler" wegen Beleidigung verklagt. Der Prozeß dürfte bemerkenswerte Streiflichter auf die inneren Zersetzungserscheinungen der völkischen Bewegung werfen.

Berlin, 18. Dez. Der wegen Verdachts des Landesverrats im Moabiter Gefängnis befindliche Untersuchungsgefangene Kramer ist gestern vormittag auf einem Spaziergang, den er in Begleitung zweier Gefängnisbeamten machte, entflohen. Kramer hatte sich mit den beiden Beamten in seine im Westen der Stadt gelegene Wohnung begeben und war dort, nachdem man im Speisezimmer tüchtig gezecht hatte, durch ein Hinterzimmer verschwunden. Gegen die beiden Beamten, die sofort vom Dienst enthoben worden sind, ist ein Verfahren eingeleitet worden.

Ausland

Paris, 18. Dez. Die deutsch-französischen Handelsvertragsverhandlungen nehmen einen schleppenden Verlauf. — Nordfranzösische Wirtschaftsführer regten beim Präsidenten Doumergue eine Stützungsaktion für den Franken an.

London, 17. Dez. In Anwesenheit Lord Birkheads und der Prinzessin Mary wurde in Redney ein Schlachtschiff vom Stapel gelassen. Das Schiff, dessen Erbauung 7 Millionen Pfund gekostet hat, ist das zweite der durch das Washingtoner Abkommen zugelassenen Schlachtschiffe.

Oesterreichischer Protest gegen die Vergewaltigung des Deutschtums in Südtirol.

In der Volkshalle des Wiener Rathauses fand am Donnerstag abend eine stark besuchte Volksversammlung statt, die gegen die Vergewaltigung des Deutschtums in Südtirol Stellung nahm. In einer einstimmig angenommenen Entschließung wird flammender Einspruch gegen die unerhörte Bedrückung und gegen die jeder Menschlichkeit hohnsprechende Behandlung der Deutschen in Südtirol erhoben. In der Entschließung wird den Brüdern jenseits des Brenners treueste Hilfsbereitschaft versichert. Da der kleine, wehrlose Staat Oesterreich eine Aenderung der Verhältnisse nicht erzwingen könne, richte die Versammlung an den Völkerbund den dringenden Ruf, die Minderheitenrechte auch für die Südtiroler anzuwenden und vor allem eine rasche Aenderung der unzuträglichen Zustände zu veranlassen. Die österreichische Regierung müsse alles daran setzen, das Los der Südtiroler Deutschen zu erleichtern.

Deutsche Industrielle in Paris.

Paris, 18. Dez. Delegierte deutscher Industriegruppen sind heute nachmittag in der französischen Kammer empfangen worden, wo sie mit einer Anzahl französischer Politiker eine Besprechung hatten zu dem Zweck, die Grundlagen einer wirtschaftlichen deutsch-französischen Zusammenarbeit für die Regelung der Sachlieferungen und die Aufnahme der deutschen Sachlieferungen durch den französischen Markt zu prüfen. Im Laufe der Besprechungen wurde beschlossen, im Januar eine deutsch-französische Wirtschaftskonferenz in Paris abzuhalten, an welcher französische und deutsche Parlamentarier und Industrievertreter teilnehmen sollen.

Um die Mobilmachung der deutschen Eisenbahn-Obligationen.

Paris, 18. Dez. Der „Matin" beschäftigt sich mit der Frage, ob die von Frankreich gewünschte teilweise Mobilmachung der deutschen Eisenbahnobligationen die Zustimmung der maßgebenden deutschen und amerikanischen Persönlichkeiten finden werde. Das Blatt weist darauf hin, es sei für Deutschland von größtem Interesse, daß Frankreich in allernächster Zeit die Stabilisierung seiner Währung erreicht. Um die Lösung dieses Problems zu ermöglichen, wäre die Mobilisierung von drei Milliarden Goldmark notwendig, die einen Betrag von ungefähr 20 Milliarden Papierfranken darstellen. Reichsbankpräsident Dr. Schacht soll, dem „Matin" zufolge, für eine solche Operation eintreten. Das Blatt betont, daß die französische Regierung die noch schwebenden Besatzungsfragen in einer für Deutschland befriedigenden Weise erledigen würde, falls die Mobilmachung der genannten Beträge zustande käme. (Es ist mit Frankreichs Währung, wie man sieht, keineswegs gut bestellt. Schriftl.)

England auf Beobachtungsposten.

London, 18. Dez. Von den beiden Sturm-Zentren in Asien, China und Mossul, sieht man in hiesigen diplomatischen Kreisen das erstere als das aktivere und gefährlichere an. Japans sprungbereite Stellungnahme zu den Ereignissen in der Mandschurei wird in britischen und amerikanischen Regierungskreisen mit intensivem Interesse beobachtet. Von allen hier vorliegenden Informationen aus Japan und China scheint sich die japanische Regierung zu aktiver Intervention entschlossen zu haben. Hiesige leitende Politiker erklären, daß Washington und London ebensowenig ein japanisches, wie ein russisches Protektorat über den Norden Chinas zugeben werden.

Pariser Stimmen zum Scheitern der Großen Koalition.

Paris, 18. Dez. Die innerpolitische Entwicklung in Deutschland wird hier in Paris mit größter Aufmerksamkeit verfolgt. Das Scheitern der Verhandlungen zur Bildung der Regierung der Großen Koalition wird allgemein den übertriebenen Forderungen die Sozialisten zugeschrieben. Die Sozialisten hätten einen schweren taktischen Fehler begangen, den sie späterhin noch öfter bereuen müßten. Die Sozialisten hätten erneut eine günstige Gelegenheit gehabt, eine Rolle zu spielen, sie hätten es aber vorgezogen, vor der Verantwortung zu fliehen, müßten sich aber nun damit abfinden, für lange Zeit von der politischen Bühne zu verschwinden. Selbst das durchaus linksgerichtete „Oeuvre" schreibt: „Die sozialistischen Doktrinen sind wieder einmal gerettet, aber viele fruchtbare Möglichkeiten sind zerstört." Das „Echo de Paris" sieht nunmehr eine „Diktatur" Luther—Stresemann voraus.

Kolonialfragen.

Paris, 18. Dez. In der gestrigen Nachmittagssitzung der Kammer, in der das Budget des Kolonialministers zur Beratung stand, kam der radikale Abgeordnete Archinbaud auf die Kolonien Togo und Kamerun zu sprechen. Er erklärte, es sei merkwürdig, daß in gewissen Zeitungen, besonders im „Temps", Nachrichten erschienen seien, nach denen die unter englischem Mandat stehenden Teile von Togo und Kamerun Deutschland übertragen werden sollten. Wenn diese Nachricht wahr sei, dann würde Deutschland sich ohne Zweifel bemühen, auch von Frankreich die Abtretung seines Mandats über Togo und Kamerun zu erhalten. Frankreich werde sich aber niemals einverstanden erklären, daß dieses Mandat Deutschland übertragen würde. Auch der frühere Kolonialminister Hesse trat diesem Standpunkt bei und erklärte dann, die Auffassung sei auch vom juristischen Standpunkt aus nicht haltbar, denn England selbst habe nicht das Recht, über ein Mandat zu verfügen, das ihm vom Völkerbund anvertraut sei. Im weiteren Verlauf der Debatte erklärte der Kolonialminister Perrier, er wolle ein für alle Male dieser Kampagne entgegentreten und erkläre mit voller Autorität, daß niemals die Rede davon sein könne, oder die Rede gewesen sei, auf irgend einen Teil des französischen Kolonialreiches zu verzichten, um aus den finanziellen Schwierigkeiten herauszukommen. Vom wirtschaftlichen Gesichtspunkt aus seien es die Kolonien, von denen die Befreiung Frankreichs kommen könne.

Ein wahres Wort.

Daß die Welt sich durch die schönen Redensarten Frankreichs nicht täuschen läßt, bewies eine Sitzung des amerikanischen Senats, in der es sich um die Bezahlung der Kriegsschulden handelte. Der demokratische Senator Reed stellte der Behauptung Frankreichs, es sei zahlungsunfähig, seine Ausgaben in Marokko gegenüber. Er sagte, Frankreich sei in Afrika, um „zu stehlen". Er gebrauchte das Wort „stehlen" in seiner ganzen schändlichen Bedeutung, nämlich, um Land und Freiheit eines Volkes zu stehlen. — Senator Smoot, der Vorsitzende des Finanzausschusses, sagte, Frankreich erklärte uns geradezu, es schulde uns nichts, aber, fuhr er fort, Frankreich muß das Abkommen über die Schuldenregelung abschließen, falls der französische Franken nicht den Weg der deutschen Mark gehen soll. Das würde weder für uns, noch für die Welt gut sein.

Die Japaner in Mukden.

Peking, 17. Dez. Mukden ist nunmehr vollständig von den Japanern besetzt. Die restlichen Truppen Tschang Tso Lins zerfallen in brandschatzende Banden, die die Vorstädte plündern und in Brand stecken. Die Verbündete Feng Yu Siangs machen ständige Fortschritte und haben nach den letzten Meldungen sich Mukden wieder bedeutend genähert

Aus Stadt, Bezirk und Umgebung

Sonntagsgedanken.

Freude.

Freude, und noch einmal Freude sei die Losung! Sie ist himmelgeboren! Zum Freudemachen schließe alle deine Schleusen auf, liebe Seele, und du wirst dich wundern, wie unermeßlich reich du bist! Zum Freudemachen gib dich selbst, deine Ruhe, deine Freiheit, deine heiligsten Gedanken, deine reichste Phantasie. Zum Freudemachen ist nichts zu gut, was dein ist.

Carmen Sylva.

Was anders wäre Freud
als Freude machen? Byron.

Neuenbürg, 18. Dez. (Postschalter- und Zustelldienst während der Weihnachts-Feiertage.) Schalterdienst: Am Sonntag, 20. Dezember, wie sonst von 8 bis 9 Uhr Vm., ausnahmsweise werden während dieser Zeit auch nichtdringende Pakete angenommen. Am 24. Dezember werden die Postschalter um 4 Uhr nachmittags geschlossen werden. Zustelldienst: Am Sonntag, 20. Dez., am 25. und Sonntag, 27. Dez., findet jeweils vormittags ein außerordentlicher Paketzustellgang statt. Am 26. Dez. ruht der gesamte Zustelldienst (Briefe und Pakete). Telegramm- und Fernsprechdienst: wie sonst.

Neuenbürg, 18. Dez. (Berufsberatung und Lehrstellenvermittlung in Württemberg.) Die Zahl der Berufsberatungsstellen ist seit Ende 1924 von 16 (davon 7 mit weiblichen Abteilungen) auf 31 (8 mit weiblichen Abteilungen) gestiegen. Vom 1. Juli 1924 bis 30. Juni 1925 wurden von 21 Stellen die männlichen Abteilungen von 7270 Jugendlichen in Anspruch genommen, 3444 wurden in Lehr und Anlernstellen vermittelt, deren 6760 angemeldet waren. Im ganzen wurden von den württ. Arbeitsnachweisen mit Einschluß solcher ohne Berufs-

LANDKREIS CALW Kreisarchiv Calw

beratungsstelle für den genannten Zeitraum verzeichnet: 9136 (1923/24: 6214) Lehrstellensuchende. 8196 (6106) offene Lehr- und Anlernstellen und 4330 (2903) Vermittlungen. Die sieben weiblichen Abteilungen bei Berufsberatungsstellen zählten insgesamt 3461 Besucherinnen. Von den 3012 gemeldeten Lehrstellen wurden 1386 besetzt. Durch die Tätigkeit der Berufsberatung wird eine zweckmäßige, den Bedürfnissen der Wirtschaft Rechnung tragende und dabei die Eignung und Neigung des Einzelnen berücksichtigende Verteilung des Nachwuchses herbeigeführt.

Neuenbürg, 18. Dez. (Verhütung von Explosionen.) Aus Anlaß mehrerer in letzter Zeit vorgekommener Explosionen von Dauerbrand- und Regulieröfen empfiehlt das Stuttgarter städt. Polizeiamt nachstehende Belehrung der Beachtung: Wenn Oefen schwachen Zug besitzen, was gewöhnlich in den oberen Stockwerken der Gebäude zutrifft, oder wenn sie, was in der Regel über Nacht geschieht, auf schwachen Zug gestellt werden, darf vor dem Nachfüllen das im Ofen noch nicht ganz abgebrannte Brennmaterial nicht sofort gerüttelt werden, weil sich sonst die etwa in den Ofenzügen zurückgebliebenen Gase leicht entzünden und eine Explosion verursachen. Es ist vielmehr nötig, die Feuerung zunächst in Ruhe zu lassen und nur die Regulierreinrichtung auf starken Zug zu stellen. Nach einigen Minuten, wenn die im Ofen befindlichen Gase abgezogen sind, wird die Schürtüre geöffnet und bei offener Feuertüre der Rost gerüttelt und abgeschlackt. Dann erst kann unbedenklich Brennmaterial aufgefüllt werden. In allen Fällen eignet sich für derartige Oefen nur das beste Brennmaterial (kein Gries); auch empfiehlt es sich, besonders in den oberen Stockwerken der Gebäude, den Zug nie auf „ganz schwach" zu stellen.

Neuenbürg, 17. Dez. Weihnachten naht! Da geziemt es sich, derer zu gedenken, die jahraus jahrein, Zeitungen und Post ins Haus uns bringen: Der Zeitungsträger, der Briefträger und Postboten. Bei Regen oder Schnee, bei Sturm, Kälte und glühender Sonnenhitze müssen sie ihre Pflicht tun. Ihre Tätigkeit durch ein Geschenk zu würdigen, ist so recht Weihnachtern geeignet.

Neuenbürg, 8. Dez. (Der frühe Winter in den Bauernregeln.) Der Bauer liebt es, wenn der Dezember ein weißes Kleid über den Acker brettet und möchte es nicht gerne gelüftet sehen, bis der Frühling endgültig mit Schnee und Eis aufräumt. Deshalb drehen sich auch die Regeln für diesen Monat um die Frage eines frühen oder späten Wintereinfalls, um die Beständigkeit oder Unbeständigkeit der Witterung und er zieht daraus zum Teil recht langfristige Schlüsse. Er freut sich, wenn der Dezember voll Schnee und Kälte ist und schüttelt pessimistisch den Kopf, wenn der Winter gar zu lange auf sich warten läßt oder der richtige Wintercharakter überhaupt nicht eintritt, wie das in den letzten Jahren überwiegend der Fall war. Der Winter aber, wie er heuer seinen Einzug gehalten, muß dem Landmann eitel Lust und Freude bereiten; denn wenn es nach den Bauernregeln geht, dann ist ein gutes, fruchtbares Jahr zu erwarten. „Je dunkler es über Dezemberschnee war, je mehr leuchtet Segen im künftigen Jahr", prophezeit ein alter Spruch, und ein anderer lautet: „Wenn es nicht wintern tut, wird auch der Sommer nicht gut!" oder: „Dezember kalt mit Schnee, gibt Korn auf jeder Höh!" Manch einem wird es bange werden, wenn er die Regel liest: „Herrscht in der ersten Adventswoche strenges, kaltes Wetter, so wird es gewißlich in den nächsten 18 Wochen nicht netter!" Das könnte ja nett werden, wenn der rauhe Geselle Winter bis über den März hinaus das Regiment führen würde. Aber wir nehmen zu unseren Gunsten an, daß das „gewißlich" der Bauernregel kein Gewisses ist und daß man „nichts Bestimmtes nicht weiß", besonders vom Wetter nicht.

(Wetterbericht.) Süddeutschland ist unter den Einfluß einer Randstörung der nördlichen Depression geraten, die allmählich näher rückt. Für Sonntag und Montag ist mehrfach bedecktes und auch zeitweiligen Niederschlägen (Schneefällen) geneigtes Wetter zu erwarten.

⨯ **Birkenfeld**, 18. Dez. Der Vorstand und Aufsichtsrat des hiesigen Darlehenskassenvereins gaben folgenden Beschluß bekannt: „Alle bei uns gemachten Einlagen aus Anleihen, Sparkasse und Geschäftsanteile werden mit 20 Proz. vom Goldmarkbetrag aufgewertet. Die Beträge aus Anleihen und Sparkasse werden ab 1. Januar 1925 mit 5 Prozent verzinst. Kleinere Beträge kommen in Bälde zur Auszahlung. Die Aufwertung der Geschäftsanteile erfolgt in der Weise, daß der 20prozentige Goldmarkbetrag als neuer Geschäftsanteil gutgeschrieben wird. Dieser Betrag ist ab 1. Januar 1926 dividendenberechtigt. Geschäftsanteile, die 1923 einbezahlt wurden, können, weil nahezu wertlos, nicht aufgewertet werden." In Anbetracht des Umstandes, daß die Darlehenskassenvereine eigentlich nicht verpflichtet sind aufzuwerten, wird dieser Beschluß unter den Mitgliedern um so freudiger begrüßt. Wenn die Aufwertung auch nur 20 Prozent beträgt, so sind es teilweise doch nennenswerte Beträge, die zur Auszahlung gelangen. Freilich werden viele nicht befriedigt sein, die während der Inflationszeit Millionen und Milliarden eingelegt haben. Aber was hatten diese Milliarden für einen Wert? Am 1. 1. 1923 10 000 Papiermark nur 4,91 Goldmark, am 1. 6. 1923 100 000 Papiermark 6,47 Goldmark, am 1. 8. 1923 eine Million nur 3,98 Goldmark. Wer also wenig bekommt, hat eben auch wenig eingelegt. Bei dieser Gelegenheit muß hervorgehoben werden, daß die Verhandlungen mit den Schuldnern, mit einer unrühmlichen Ausnahme, bei der die Aufwertungsstelle in Anspruch genommen werden muß, sich glatt vollzogen und alle, die eine freiwillige Aufwertung geleistet haben, verdienen Dank und haben die Genugtuung, daß sie auch ihren Teil zum guten Gelingen der Sache beigetragen haben. Besonderen Dank und Anerkennung aber gebührt dem unermüdlichen Vorstand, Herrn Adolf Vester, der in uneigennütziger Weise die Verhandlungen in die Wege geleitet und durchgeführt hat.

Gründung einer freiwilligen Kranken- u. Sterbekasse des Landwirtschaftl. Hauptverbands für Württemberg u. Hohenzollern.

Verschiedene wirtschaftliche Krisenerscheinungen haben die Lage der Landwirtschaft immer ungünstiger gestaltet. Neben den Bemühungen, Reich und Länder zu Hilfsmaßnahmen gegenüber den der gesamten Volkswirtschaft drohenden Gefahren zu veranlassen, beginnt sich eine verstärkte Selbsthilfe zu regen, die den Bauern selbst ihr Schicksal erträglicher gestalten will. Auf der einen Seite trägt der Landwirt gegenüber früheren Zeiten unverhältnismäßig überhöhte Soziallasten, er selbst und seine Familie steht aber meistens schutzlos da. Diesem Uebelstande abzuhelfen, ist der von der Geschäftsstelle des Landw. Hauptverbandes ausgearbeitete Plan der Gründung einer freiwilligen Kranken- und einer freiwilligen Sterbekasse nunmehr durch die am Mittwoch in Stuttgart stattgefundene Landesausschußsitzung angenommen worden. Die gut besuchte, im großen Sitzungssaal der früheren ersten Kammer stattgefundene Tagung nahm nach der Bekanntgabe der Einzelheiten der umfangreichen Vorbereitungen zu den Entwürfen eingehend Stellung, die Bedürfnisfrage wurde allseits bejaht. Den getrennt geführten Kassen können nur Mitglieder des Landw. Hauptverbandes bezw. dessen Unterorganisationen, der landwirtschaftlichen Bezirks- und Ortsvereine und deren Angehörige beitreten. In den Kassen beträgt die Aufnahmegebühr 2 M., in der Sterbekasse der halbjährlich zahlbare Jahresbeitrag 4 M.; die Leistungen erreichen ein Sterbegeld von 310 M. im Höchstfalle. Der Beitrag zur Krankenkasse beträgt für das Mitglied monatlich 2 M.; für dessen Ehefrau und Kinder bis zum 15. Lebensjahr, falls diese versichert werden sollen, ebenfalls 2 M. Die Leistungen der Kasse sind in einem entsprechenden Tarif festgesetzt und im Vergleich zu ähnlichen Berufs- und Privatkassen vorteilhaft gehalten. Es ist ohne Zweifel, daß die Gründung dieser sozialen Hilfsorganisation in der württembergischen Landwirtschaft, besonders bei den kleinen Landwirten, die unter den derzeitigen Verhältnissen im Krankheits- oder Sterbefall sehr schwer tragen, begrüßt werden wird. Die Einrichtungen haben darüber hinaus aber auch in sozialpolitischer Hinsicht für die Gesamtheit ihre Bedeutung, weil sie dazu geeignet sind, einen Stand zu stärken, der in der deutschen Wirtschaft einen hervorragenden Platz einnimmt, der ihm unter den derzeitigen wirtschaftlichen Verhältnissen unbedingt erhalten werden muß. Auch aus diesem Grunde ist den Einrichtungen voller Erfolg zu wünschen.

An Verschiedene.

Von einigen Agenturen gehen uns andauernd Klagen zu wegen langsamer oder Nichtbezahlung des Bezugspreises für den „Enztäler". Dabei erhalten die Zusteller von gewissen Lesern allerlei Worte an den Kopf geworfen, die keineswegs Schmeichelnamen sind. Wir bitten zu bedenken, daß auch die Zeitungsträger Menschen wie andere sind, die nicht dafür bezahlt werden, wenn sie wegen des Bezugspreises dreimal und noch öfter vorstellig werden müssen. Bei säumigen Lesern müßte, wenn nicht regelmäßige Bezahlung erfolgt, die Zustellung der Zeitung aufhören. Auch der Verlag muß seinen vielseitigen Verpflichtungen nachkommen. Pumpwirtschaft im Zeitungswesen kann und darf es nicht geben. Wer die Zeitung durch Post bezieht, muß sie bereits am 15. vor Beginn des neuen Monats bezahlen. **Verlag „Der Enztäler".**

Baden

Pforzheim, 18. Dez. Bei einer hiesigen Witwe erschien ein junger Mann in Zivilkleidung und gab sich als Fahndungsbeamter aus. Er nahm eine Amtshandlung vor, verübte dabei auch einen Betrug und Urkundenfälschung. Der angebliche Fahndungsbeamte wurde in der Person eines hiesigen Hilfsarbeiters ermittelt und festgenommen.

Rastatt, 15. Dez. Aus der jüngsten Stadtratssitzung ist folgendes mitzuteilen: Mit Rücksicht auf die schwierige Lage der Stadtfinanzen muß dieses Jahr von der Zuwendung einer allgemeinen Winterbeihilfe für die Sozialrentner, Kleinrentner, Kriegsbeschädigten und Kriegshinterbliebenen abgesehen werden; dagegen soll bei der Prüfung der Unterstützungsgesuche aus diesen Kreisen der Hilfsbedürftigen möglichst weitherzig verfahren werden. — Den Altveteranen und Altveteranen-Witwen wurde eine Ehrengabe von je 30 bzw. 20 M. bewilligt, die vor Weihnachten ausbezahlt wird.

Baden-Baden, 17. Dez. In der letzten Bürgerausschußsitzung waren die Redner sämtlicher Fraktionen darüber einig, daß weitgehende Sparmaßnahmen ergriffen werden müssen, um nicht nur der Arbeitslosigkeit wirksam entgegenzutreten, sondern um die städtische Finanzwirtschaft einigermaßen zu ordnen. Für die Arbeitslosen sollen 600 000 M. vorgesehen werden.

Pfullendorf, 18. Dez. Auf dem Fruchtmarkt war der Andrang so stark wie noch nie. Die angeführte Frucht konnte bei weitem nicht in der Gret untergebracht werden. Auf der Straße bis hinauf zum Schwanen mußte sie gelagert werden, sodaß die letzten zwei Nächte besondere Wachen aufgestellt werden mußten. Diese Nachricht ist für unsere Landwirte betrübend. Sie läßt darauf schließen, daß sehr wahrscheinlich ein Getreidepreissturz eingetreten sein wird. Die große Anfuhr von Getreide zeigt mit aller Deutlichkeit den Gradmesser der Finanzlage bei unseren Bauern, durch die auch die Lage von Handel und Gewerbe nicht wenig in Mitleidenschaft gezogen ist.

Stühlingen b. Waldshut, 16. Dez. Das Städtchen Stühlingen ist in der glücklichen Lage, daß sein Wohnungsbedarf so gut wie gedeckt ist und es daher von weiteren städtischen Neubauten für Private absehen kann. Dagegen muß die Stadtgemeinde nun zur Erweiterung der Schulgebäulichkeiten schreiten, da zur Unterbringung von Fortbildungs- und Gewerbeschülern sowie einer Realschule nicht genügend Räume vorhanden sind.

Konstanz, 19. Dez. Eine Familientragödie spielte sich hier in der Wirtschaft „Zur Schweizer Grenze" am Tagerwielerzoll ab. Dort erschoß im Hause der Schwiegereltern seiner zweiten Frau infolge von Familienzwistigkeiten der 37jährige Maschinenmeister Hermann Stock seine Frau durch zwei Schüsse ins Herz. Der Täter flüchtete dann über die Grenze nach der Schweiz und brachte sich, als man ihn verfolgte, zunächst Schnittwunden an der linken Armschlagader und am Halse bei, dann jagte er sich eine Kugel in die linke Brustseite. Er wurde lebensgefährlich verletzt ins Krankenhaus verbracht und dürfte kaum mit dem Leben davonkommen.

Neueste Nachrichten

München, 18. Dezember. Der bayerische Landtag nahm heute die bayerische Amnestievorlage nach Ausführungen des Justizministers und einer längeren Aussprache im wesentlichen in der Ausschußfassung an, jedoch auch Beleidigungen und Uebertretungen volkswirtschaftlicher Bestimmungen, die in der Inflationszeit vom 1. Januar 1918 bis 1. April 1924 begangen wurden, unter die Amnestie fallen. Weitergehende Abänderungsanträge wurden abgelehnt. Eine Entschließung spricht sich für den Ausgleich etwaiger Härten aus.

München, 18. Dez. Wegen Spionage verurteilte das Strafgericht München den 25 Jahre alten landwirtschaftlichen Hilfsarbeiter Hans Tebech von Salzburg zu einem Jahr Gefängnis.

München, 18. Dez. Der württembergische Staatspräsident Bazille trifft am Montag zum Besuch der Bayerischen Staatsregierung in München ein. Dr. Held wird zu seiner Ehre einen Empfang veranstalten.

Gräfenthal i. Thür., 18. Dez. Zwischen Spechtbrunn und Buchbach bei Gräfenthal ging heute vormittag eine große Schneelawine mit gewaltigem Getöse zu Tal. Auf einem Griffelschieferbruch wurden fünf Aufräumer verschüttet. Um 2 Uhr gelang es, den ersten Verschütteten aus den haushoch liegenden Schneemassen zu bergen. Im Laufe des Nachmittags wurden die weiteren Verschütteten zutage gefördert. Zwei konnte man tot und drei lebend bergen.

Weimar, 18. Dez. In namentlicher Abstimmung wurde der Mißtrauensantrag der Sozialdemokraten und Kommunisten gegen die thüringische Regierung mit 38 gegen 29 Stimmen bei drei Stimmenthaltungen der Demokraten abgelehnt.

Mainz, 18. Dez. Das französische Militärpolizeigericht verurteilte einen Redakteur wegen eines Artikels „15 000 Deutsche in der Marokko-Armee", in welchem die Art der Anwerbung für die Fremdenlegion kritisiert wurde, zu 15 Tagen Gefängnis und 1 000 Mark Geldstrafe.

Berlin, 18. Dez. Der 10 Jahre alte Hermann Rieß, Sohn des Regierungsrates Rieß in der Marienbader Straße in Schmargendorf, stürzte gestern mit seiner 12jährigen Schwester aus dem Fenster des dritten Stockes in den Hof. Er ist wie die „B. Z." meldet, inzwischen seinen schweren Verletzungen erlegen. Der Zustand des Mädchens ist so ernst, daß die Aerzte wenig Hoffnung auf ihre Rettung hegen.

Berlin, 18. Dezbr. Der russische Volkskommissar des Aeußeren, Tschitscherin, traf heute nachmittag 5.30 Uhr von Paris kommend in Berlin ein. — Nach einer Meldung des „Vorwärts" hat die Arbeitslosigkeit in Deutschland auch auf den rein ländlichen Teil der Provinz Ostpreußen übergegriffen. Am 9. Dezember waren über 33 000 Arbeitsuchende gemeldet, gegen knapp 15 000 in der gleichen Zeit des Vorjahres. — Der zuständige Stadtverordnetenausschuß hat der Magistratsvorlage über eine Bewilligung von 50 000 Mark als Darlehen an die Heilsarmee zum Bau eines Obdachlosenheims zugestimmt. — In der vergangenen Nacht wurde am Stettiner Bahnhof ein Droschkenchauffeur von Straßenexzedenten angefallen, mit seinem eigenem Schal an einen Laternenpfahl gebunden und solange geschlagen, bis er bewußtlos zusammenbrach. Die Polizei brachte den Hilflosen nach der nächsten Rettungsstelle. Von den Tätern fehlt jede Spur.

Memel, 18. Dez. Am Mittwoch gingen 7 Boote von Kurkelbeck bei Memel zum Dorschfang in See. Nur drei von diesen Booten sind bisher zurückgekehrt. 4 Boote mit 19 Mann fehlen. Donnerstag nachmittag ging ein Dampfer in See, um die Boote zu suchen. Er kehrte jedoch zurück ohne sie gefunden zu haben.

Saargemünd, 18. Dez. Hinter dem Bahnhof Witzingen hatten sich von einem Güterzug acht Wagen gelöst, die auf der Strecke stehen blieben. Ein nachfolgender Güterzug stieß in voller Fahrt mit ihnen zusammen, wobei die Maschine und 14 Wagen vollständig zertrümmert wurden. Von dem Personal wurden zwei Personen verletzt. Der Materialschaden ist sehr groß.

Rom, 19. Dez. In Pozzuoli bei Neapel brach gestern nacht in einem elektrisch betriebenen Sägewerk ein Brand aus, der erst nach fünf Stunden gelöscht werden konnte. Mehrere Personen wurden verletzt. Etwa 200 sind obdachlos. Der Schaden ist sehr groß.

London, 19. Dez. Nach einer Reutermeldung haben die nordkirischen Hilfspolizeimannschaften beschlossen, den Befehlen der Regierung wieder Gehorsam zu leisten.

Washington, 18. Dez. Das Kriegsgericht sprach den Obersten Mitchell, der der Unbotmäßigkeit angeklagt war, schuldig, weil er gegen das Kriegs- und Marineministerium schwere Vorwürfe erhoben hatte, und verurteilte ihn zur Enthebung von seinem Posten auf fünf Jahre.

Württembergischer Landtag.

Stuttgart, 18. Dez. Der Landtag nahm heute in erster und zweiter Beratung einen Gesetzentwurf betr. eine weitere Beteiligung des Staats an der Neckarkanalgesellschaft in Höhe von 3,2 Millionen M. nebst einer Entschließung an, worin die Regierung ersucht wird, bei der Reichsregierung dahin zu wirken, daß der Ausbau des Neckarkanals im Interesse der Schiffahrt und des gesamten Wirtschaftslebens in Württemberg, Baden und Hessen ohne Unterbrechung zunächst bis Heilbronn durchgeführt wird. Dann folgte die Abstimmung über die zum Landessteuergesetz gestellten Anträge. Die meisten von ihnen wurden abgelehnt, angenommen dagegen ein Antrag Rath (D. Vp.) betr. besondere Berücksichtigung der Arbeiterwohngemeinden, ein sozialdemokratischer Antrag betr. Aufhebung der Gebäudeentschuldungssteuer und eine Entschließung des Steuerausschusses betr. Erhöhung der Staatsbeiträge zur Unterhaltung von Körperschaftsstraßen und Gemeindestraßen im Planjahr 1926 und betr. Belastung durch die Mietsteuer nach dem Grundsatz steuerlicher Gerechtigkeit. Dann folgte die Beratung der 14. Abänderung des Besoldungsgesetzes, das sich auf das Besoldungsdienstalter der Schutzpolizeibeamten und auf die Kinderzulagen der Beamten für uneheliche Kinder bezieht. Im Laufe der Debatte wurde von verschiedenen Rednern darauf hingewiesen, daß es nicht richtig wäre, für uneheliche Kinder noch eine besondere Prämie zu gewähren und daß ein Beamter sich so betragen müsse, wie es das Ansehen seines Amtes erfordert. Die weitesten Kreise namentlich die Arbeiter und Privatangestellten wunderten sich darüber, warum der Beamtenstand so bevorzugt werde. Zustimmung fand bei den meisten Rednern der Regierungsvorschlag, wonach ein Beamter für ein uneheliches Kind einen Kinderzuschlag nur bekommt, wenn er nachweislich den vollen Unterhalt bestreitet und das Kind entweder in seinen Hausstand aufgenommen ist oder sich infolge geistiger oder körperlicher Gebrechen in Anstaltserziehung befindet. Finanzminister Dr. Dehlinger teilte gelegentlich mit, daß die württ. Regierung bei der Abstimmung im Reichsrat über die Weihnachtsbeihilfen für die Beamtengruppen 1—6 nicht dagegen gestimmt, sondern sich das Protokoll offen gehalten hat. Unter Ablehnung eines kommunistischen Antrags wurde die Regierungsvorlage angenommen und weiterhin einem Antrag des Finanzausschusses zugestimmt, die Regierung zu ersuchen, mit allen zu Gebote stehenden Mitteln die schlechte wirtschaftliche Lage von Landwirtschaft, Gewerbe und Industrie durch Vermittlung billigen Geldes zu ändern. Morgen Fortsetzung der Beratung.

Stuttgart, 18. Dez. Die Abgg. Ströbele und Dr. Schott (B.V.) haben folgende Kleine Anfrage gestellt: Gemäß § 29 der III. Steuernotverordnung können die Landesregierungen Grundstücke mit Gebäuden, die mit Beihilfen aus öffentlichen Mitteln errichtet worden sind, mit einer Grundschuld bis zu 40 Prozent des Goldwerte des Zuschusses belasten. Die Landeskreditanstalt und andere öffentliche Stellen verlangen nun die Eintragung einer Grundschuld auch bei solchen Grundstücken, die nicht mehr im Eigentum des ursprünglichen Darlehensempfängers stehen. Durch diese Handhabung werden solche Käufer, die im Vertrauen auf den öffentlichen Glauben des Grundbuchs ein Grundstück erworben haben, zu Unrecht schwer geschädigt. Sie durften sich darauf verlassen, ein unbelastetes Grundstück zu erwerben und sollen nun eine Last auf sich nehmen, ohne die Gegenleistung empfangen zu haben. Was gedenkt das Staatsministerium zu tun, um solche Ungerechtigkeiten zu verhindern.

Vortrag Dr. Wirth.

Stuttgart, 18. Dez. Auf Einladung des Reichsbanners Schwarz-Rot-Gold sprach heute abend Reichskanzler a. D. Dr. Wirth im großen Dinkelackersaal. Nach einleitenden Worten des Landtagsabgeordneten Dr. Schumacher führte Dr. Wirth aus, daß die heutige wirtschaftliche Notlage eine Bewegung hervorgerufen habe die, wenn sie politisch gefaßt und republikanisch geleitet sei, zum Wohle des Volkes ausschlagen werde. Mit starken Worten wandte sich Dr. Wirth gegen die Scheinpolitik der Deutschnationalen und betonte, daß, wenn wir die Locarno-Politik nicht fortsetzten, uns nochmals der Haß der ganzen Welt treffen würde. Die Einstellung der Deutschnationalen, daß die Zustimmung zum Locarnopakt für sie rechtlich nicht bindend sei, rufe das Mißtrauen in die deutsche Unterschrift im Auslande wach. Mehrmals wandte sich Dr. Wirth in seiner Rede gegen seine Freunde vom Zentrum und bemerkte zu seinem Austritt aus der Zentrumsfraktion, daß die Sorge um Deutschland ihn dazu veranlaßt habe. Die aufrichtige Einstellung zum deutschen Volksstaat gebe ihm jeder parteimäßigen Einstellung voran. Wenn Deutschland im Völkerbund sei, dürfe es doch nie Mitträger eines Konzernes werden, der sich in die gegenwärtigen Verhältnisse Rußlands einmischen wolle. Dr. Wirth ging dann auf die gegenwärtige Regierungsbildung im Reiche und auf die Frage der großen Koalition ein und bemerkte hierzu, daß die Sommerpolitik dieses Jahres, wo man die Lastenverteilung gegen links vorgenommen habe, keine Vorbereitung für die große Koalition gewesen sei. Man habe die großen Scharen des arbeitenden Volkes enttäuscht und dürfe sich daher heute nicht wundern, daß diese in der Stunde, wo man sie rufe, nicht gleich zur Stelle seien. Aber eine Zusammenfassung dieser Kräfte sei notwendig, wenn nicht die Reaktion triumphieren wolle, die sich heute vor allem um den katholischen Volksteil in Deutschland bemühe. Bei dieser Gefahr dürften die republikanischen Parteien nichts tun, was die

LANDKREIS CALW Kreisarchiv Calw

Seele des katholischen Volksteiles verletzen könnte, denn wenn auch diese Scharen verloren gingen, sei die Republik wirklich verloren. Das Ammenmärchen, daß die Republik der Religion feindlich im Wege sei, müsse verschwinden. Dr. Wirth schloß mit der Ermahnung zur Einigkeit. Er erntete für seine Rede stürmischen Beifall.

Dr. Cuno über die deutsche Handelsflotte.

München, 18. Dez. In der heutigen Vollversammlung des Wirtschaftsbeirats der Bayerischen Volkspartei sprach in Anwesenheit des Ministerpräsidenten und anderer Mitglieder der Regierung, sowie bekannter Persönlichkeiten des Wirtschaftslebens der frühere Reichskanzler Dr. Cuno und erklärte, daß zwar unsere Handelsflotte wieder auf rund drei Millionen Tonnen angewachsen sei, daß sie aber bei einer gegenüber der Vorkriegszeit gesunkenen Tragmenge der Konkurrenz einer weit über den Vorkriegsumfang hinausgemachsenen Welttonnage gegenüberstehe und angesichts ihrer wenig günstigen finanziellen Lage und gewaltigen Steuerbelastung von der Gefahr dauernden Stillstands bedroht sei. Trotzdem werde die deutsche Schiffahrt ausharren, um ihre opfervoll erkaufte Position zu halten, denn sie wisse, daß sie vom Interesse des gesamten deutschen Volkes getragen werde. Der Abg. Dr. Schlittenbauer erklärte dann in einem Referat über die Lage der deutschen Wirtschaft, daß zwar die Vereinigten Staaten von Europa eine Utopie seien, daß aber alle Staaten Europs ein gleiches Interesse daran hätten, von der Geldsklaverei Amerikas loszukommen. Dies müsse der Sinn von Locarno sein.

Mehr als die Hälfte der Arbeiterschaft im Hörder Bezirk erwerbslos.

Dortmund, 18. Dez. Die Zahl der Erwerbslosen im Hörder Bezirk hat sich in der vergangenen Woche bei insgesamt 153 000 Einwohnern von 11 000 auf 14 000 erhöht, das sind mehr als die Hälfte der gesamten Arbeiterschaft. Der wirtschaftliche Zusammenbruch, der die Existenz von Tausenden von Arbeitern, Angestellten und Geschäftsleuten in gleicher Weise in Frage stellt, ist in der Hauptsache auf die Stillegung der südlichen Rheinzechen und den Abbau großer industrieller Betriebe zurückzuführen.

Festhalten des Zentrums an der Großen Koalition.

Nach den jüngsten Aeußerungen der „Germania" muß man annehmen, daß das Zentrum mit der Absicht umgeht, im Januar nochmals den Versuch zur Gewinnung der Sozialdemokratie für die Große Koalition zu machen. Es ist indes so gut wie gewiß, daß die Sozialdemokraten trotz der Drohung des Zentrums auf ihrem ablehnenden Standpunkt beharren werden. Viel Hoffnung macht man sich offenbar auch im Zentrumslager selber nicht. Dem „Vorwärts", der die Befürchtung aussprach, daß mit der Schaffung eines Kabinetts der Mitte auch wieder der Weizen der Deutschnationalen blühen werde, entgegnet die „Germania" heute schlagfertig, daß er am allerwenigsten Grund zur Klage über diese Entwicklung hätte: „Wenn ein Rechtskurs möglich ist, dann eben nur deshalb, weil die Sozialdemokraten dafür den Weg kampflos freigegeben haben. Die Sozialdemokratie wolle uns, das muß hier gleich vom ersten Tage ab gesagt werden, mit Klagen über die Politik eines Rechtskurses verschonen. Kommt dieser Rechtskurs wirklich, dann ist er eben ein Kind der sozialdemokratischen Politik." Wie der „Tag" in seiner Nachtausgabe behauptet, soll der Reichspräsident beabsichtigen, Anfang Januar die Parteiführer zu sich zu berufen, um ihre Meinung über die Betrauung Dr. Luthers mit der Bildung eines politischen Kabinetts der Mitte zu erfahren.

Zum Bothmer-Prozeß.

Berlin, 18. Dez. Vor Beginn der Sitzung wird im Kreise vom Prozeßbeteiligten die Kostenfrage dieser ganzen Unternehmung erörtert. Der Wert der in Polzin und Potsdam gestohlenen Gegenstände beträgt insgesamt etwa 1500 M. Die bisherigen Gerichtskosten für beide Instanzen werden auf 50 000 Mark geschätzt, wozu vielleicht noch die Kosten der Revisions-Instanz kommen. In der Verhandlung war in der Beweisaufnahme des Vormittags lediglich bemerkenswert, daß sowohl die Nichte der Angeklagten, Fräulein von Prodzinski, wie auch der Schwager der Gräfin, Graf Adolf v. Bothmer, die beide in der ersten Instanz ausführlich aussagten, diesmal ihre Aussage verweigerten. Die Vernehmung weiterer Zeugen brachte keine neuen Tatsachen. Im Verlauf der Zeugenvernehmung kam es zu einer kleinen Sensation, da die Verteidigung der Gräfin plötzlich mehrere Zeugen beibrachte, die die Glaubwürdigkeit der Frau Badura, durch die die Gräfin Bothmer in der ersten Verhandlung auf das schwerste belastet worden war, sehr erheblich erschüttert wurde.

Der Chef des Militärkreises Turkestan erschossen.

Berlin, 18. Dez. Der Asien-Ost-Europa-Dienst meldet aus Moskau: Auf Beschluß des Kriegsrevolutionstribunals wurden der General Bogdanitzki, seine Frau und sein Adjutant am Mittwoch, 16. Dezember, in Taschkent standrechtlich erschossen. Boddanitzki war des Verrats beschuldigt, sowie bezichtigt worden, Beziehungen zu den Generälen der Weißen Armee und den russischen Emigranten im Ausland unterhalten zu haben. General Bogdanitzki war bis zuletzt Chef des Militärkreises Turkestan.

Die Erwerbslosen in Deutschland.

Berlin, 18. Dez. In der Zeit vom 16. bis 30. November 1925 ist die Zahl der Hauptunterstützungsempfänger in der Erwerbslosenfürsorge von 473 000 auf 664 000, d. h. um rund 41 Prozent gestiegen. Im einzelnen hat sich die Zahl der weiblichen Hauptunterstützungsempfänger von 41 000 auf 59 000 erhöht und die der männlichen von 432 000 auf 619 000. Die Zahl der Zuschlagsempfänger (unterstützungsberechtigte Angehörige von Hauptunterstützungsempfängern) ist von 572 500 auf 819 500 gestiegen.

Sturm im tschechoslowakischen Parlament.

Prag, 18. Dez. In der heutigen Sitzung des Abgeordnetenhauses, welche der Verlesung der Regierungserklärung durch den Ministerpräsiden Svehla gewidmet war, wiederholten sich die gestrigen Lärmszenen. Kaum war der Ministerpräsident im Saal erschienen, so setzte von seiten der slowenischen Volkspartei und der ungarischen Nationalpartei ein ohrenbetäubendes Schreien, Pultdeckelgeklapper und schrilles Pfeifen ein. Vor der Ministerbank, wo sich zum Schutz alle Abgeordneten der Koalition zusammenscharten, gab es ein Handgemenge zwischen Slowenen und Tschechen, und als der Krawall, anstatt abzunehmen, immer lauter wurde und die Glocke des Vorsitzenden nichts ausrichtete, begann der Ministerpräsident mit der Verlesung der Regierungserklärung, von der natürlich kein Wort verstanden wurde. In dem Augenblick, als die Verlesung begann, setzten auch die Deutschnationalen und die deutschen Nationalsozialisten und hier und da auch die Kommunisten mit Sirenenpfiffen und Lärm ein. Bei der Ministerbank gab es einen balgenden Knäuel und auch rückwärts im Saale gerieten die Deutschnationalen und die tschechischen Nationaldemokraten scharf aneinander, so daß Ordner einschreiten mußten, um weitere Handgreiflichkeiten zu verhindern. Plötzlich scharten sich die Slowenen zusammen und stimmten mit dröhnender Stimme das „Hej Slovane" an, was eigentlich ein slowenisches Trutzlied gegen die ehemalige österreichisch ungarische Monarchie war. Als die Slowenen geendet hatten, hörte man den deutschen Zwischenruf: Es lebe die Selbstbestimmung, und schon waren alle deutschen Abgeordneten aufgestanden und intonierten in mächtigem Chor „Deutschland, Deutschland über alles". Der Ministerpräsident und einige Minister, das ganze Präsidium waren offensichtlich außer Fassung gebracht. Der Eindruck auf die tschechischen Abgeordneten war so groß, daß sie während des Gesanges jede Gegenkundgebung vergaßen. Erst nach Beendigung des Liedes brach der Sturm los.

Ein deutsch-französisches Abkommen.

Paris, 18. Dez. Die deutsche und die französische Regierung haben ein Abkommen über die Durchführung des deutschen Gesetzes über die Ablösung öffentlicher Anleihen vom 16. Juli 1925 und über die Behandlung der Anleihen in Elsaß-Lothringen und über die nach dem Vertrag von Versailles sequestrierten deutschen Anleihen geschlossen. Die französischen Staatsangehörigen werden durch ihre deutschen Anleihen dieselben Vorteile erhalten wie Angehörige einer jeden anderen Nation. Die sequestrierten deutschen Anleihen werden zum Teil freigegeben.

Ein Vergleich zwischen Frankreich und Deutschland.

Newyork, 18. Dez. Zwischen der „Newyork Times" und der „World" hat sich eine für Deutschland interessante Presse-Kontroverse entfesselt. Die „Times" brachten gestern auf ihrer Frontseite eine aus Berlin datierte Depesche ihres Korrespondenten Edwin James, in welcher die Lage Deutschlands mit der Frankreichs verglichen wird. James erklärte, daß Deutschlands Lage wirtschaftlich gesund (?) u. weit besser als die Frankreichs sei. Heute schreiben die „Times" in einem bemerkenswerten Leitartikel auf ihrer ersten Seite: „Mister James betont Deutschlands glückliche Lage dem elenden Los Frankreichs gegenüber". Die „World" bemerkte: „Das alles ist geradezu Quatsch (bosh). Wenn auch die französische Staatskunst einer Krise entgegentreibt, so kommt doch Frankreichs Elend und Not niemals auch nur annähernd dem gleich, was Deutschland zu erdulden hatte."

Nur durch Sparen kann langfristiges Kreditkapital zustande kommen. Eine alte Wahrheit, die erst kürzlich wieder der Reichsbankpräsident in seiner Stuttgarter Rede hervorgehoben hat. Aber so richtig und wichtig diese Tatsache ist, wird sie doch immer nur wenigen einen genügenden Anreiz zum Sparen bieten. Weit größer ist die Zahl derer, die des eigenen Vorteils halber wieder den Weg zur Sparkasse finden. Wie erstaunlich nur der Erfolg anhaltenden Sparens ist, ist in geschickter Weise in einer Anzeige der Württ. Landessparkasse in dieser Nummer ersichtlich gemacht. Hierauf sei auch an dieser Stelle hingewiesen.

Ueber zwei Millionen für Eigenheimbauzwecke wurden im Jahre 1925 an 150 Bausparer der Gemeinschaft der Freunde in Wüstenrot (Württemberg) zur Verfügung gestellt. Im Anschluß an einen Vortrag „Ueber Fortschritte und Ziele der Gemeinschaft der Freunde", der am 2. Dezember in Stuttgart vor weit über dreitausend Personen im überfüllten Saal der Liederhalle gehalten wurde, fand eine öffentliche Auslosung von Baugeldern statt. Es kamen an diesem Abend 1 Million 046 000 Goldmark zur Vergebung. Diese Baugelder gibt die Gemeinschaft der Freunde zu dem billigen Zins von nur 5 Prozent zuzüglich Tilgungszins. In ihrem praktischen Geschäftsjahr konnte, nach den uns vorliegenden Nachrichten, die Gemeinschaft der Freunde zu dem oben erwähnten billigen Zins 2 Millionen 200 000 Goldmark 150 Bausparern zuteilen, wohl der beste Beweis für die Notwendigkeit und Güte des wahrhaft gemeinnützigen Werkes der Gemeinschaft der Freunde in Wüstenrot (Württemberg).

Nur ein Lichtstrahl!

In das Dunkel dieser bösen Zeiten
Strahlt ein Licht, das nie erlischt, so hell! —
Liebe, die nie aufhört zu bereiten,
Was den Harm der Jammerreichen stillt,
Deinen Lichtschein möcht auch gerne sehen,
Was hier ist verkrüppelt, siech, blind, krank.
Nur ein Lichtstrahl — ach möcht es geschehen! —
Brächte große Freud und tausend Dank.

Liebesgaben zur Erfreuung seiner großen elenden Schar erbittet und nimmt mit herzlichem Dank entgegen D. Braun, Superintendent i. R. Angerburg, Leiter der Krüppelanstalten. Postscheckkonto Königsberg Nr. 2423.

Eine
SINGER
mit Motor u. Nählicht
das praktischste
Weihnachts-
Geschenk

Neuenbürg.
Eine größere Partie selbstgemachte
Davoserschlitten
sind zu verkaufen. (Günstig für Wiederverkäufer.)
Gebr. Mayer, Karosseriebau.

Möbel!
Zu Weihnachtsgeschenken
aller Art bringe ich mein Geschäft in empfehlende Erinnerung. **Schlafzimmer in eichen** von 600 Mk. an, **birk. geflammte** von 850 Mk. an, **tannene Schlafzimmer** von 400 Mk. an. Zugleich habe noch ein **schweres Herrenzimmer mit reicher Schnitzerei weit unter Preis** zu verkaufen; ferner im Auftrag ein **eich. Büffet**, wie neu, für **Mk. 240.—**, 1 Paar **eich. Bettladen** und zwei **Nachttische** für **160 Mk.**, 1 **eich. Vertikow**, neu, für **170 Mk.** Weiter empfehle ich **Flurgarderoben, Hausuhren, Arbeitstische usw.**
Daselbst ist eine **Baracke**, 12 m lang und 6½ m breit, zu verkaufen und ein wachsamer **Hofhund**, Rottw. Stumper.
Wilh. Walz, Birkenfeld
Möbelfabrik und Bauschreinerei.

Neuenburg.
Einige
Milchkunden
können noch angenommen werden. Die Milch wird ins Haus geliefert.
Emil Koch, Milchhdlg.

Obernhausen.
Eine 38 Wochen trächtige
Nutz- und Fahrkuh

verkauft
Friedrich Höll.

Für Weihnachts-Geschenke geeignet:

Schiefertafeln, Griffel, Schwämme, Schulhefte, Bleistifte, Schulfedern, Federhalter, Tinte, Füllfederhalter, Tusche, Radier-Gummi, Winkel, Reißschienen, Zirkel, Zeichenblock, Schulbücher aller Art, Gesangbücher
in einfachster bis feinster Ausführung.

Bilder- und Malbücher, Skizzenbücher, Farbschachteln, Pinsel, Spiele aller Art, Album, Ansichtskarten, Weihnachts- und Neujahrskarten, Wandsprüche, Unterhaltungs-Literatur in reicher Auswahl.

An den drei Sonntagen vor Weihnachten bis 4 Uhr geöffnet.

An den drei Sonntagen vor Weihnachten bis 4 Uhr geöffnet.

C. Meeh'sche Buchhandlung, Neuenbürg a. E. Inh. **D. Strom**

LANDKREIS CALW Kreisarchiv Calw

Pfannkuch

Aus eigenen Kellereien gut gepflegte

Weine:

Tischwein (weiß)
Flasche 80 ₰

Edenkobener
Flasche 1.00 ℳ

Obermoseler
Flasche 1.20 ℳ

Bayersfelder
Flasche 1.40 ℳ

einschließlich Glas und Steuer.

Weitere Auswahl laut unserer Spezialliste.

Pfannkuch

Sprech-Apparate
m. Geigenholz-Tonführung.
Zahlungserleichterung.
A. Uebel,
Piano-Haus,
Pforzheim, Westl. 51.

Frommers Wagenbau
Marbach a. N.
Lieferbar jede Größe.

Vertreter: Heinr. Weimar Höfen.

Pfannkuch

Spirituosen:

Echtes
Schwarzwälder Kirschwasser
1/1 Flasche 6.00 ℳ
1/2 Flasche 3.25 ℳ

Echtes
Schwarzwälder Zwetschgenwasser
1/1 Flasche 5.00 ℳ
1/2 Flasche 2.75 ℳ

Echter
Weinbrand
1/1 Flasche 3.80 ℳ
1/2 Flasche 2.10 ℳ

Weitere Auswahl laut unserer Spezial-Liste.

Pfannkuch

Baubund-Möbel-Verkauf

wegen Räumung zu herabgesetzten Preisen.

Erleichterte Zahlungsbedingungen. — Erstklassige Qualität. — Weitgehendste Garantie.

Möbelhaus Central, Pforzheim, Dillsteiner Straße 3a.

Gräfenhausen, den 14. Dezember 1925.

Danksagung.

Für die vielen Beweise herzlicher Teilnahme bei dem Heimgang unserer lieben Mutter, Schwiegermutter und Großmutter sagen innigen tiefgefühlten Dank

die trauernden Hinterbliebenen.

Gärtnerei Craubner,

Neuenbürg,

empfiehlt als passende **Weihnachts-Geschenke:**

Schönblühende Alpenveilchen u. Priemeln, Zimmerfarne, Edeltannen, Hänge- und Blattpflanzen in großer Auswahl.

Gleichzeitig empfehle meine

Waldkränze in schönster Ausführung.

FLÜGEL * PIANOS
SPRECHAPPARATE

Schmid & Buchwaldt
Pforzheim-Westliche 25-1 Treppe
gegenüber d. Viktoria Theater

Bezirks-Ziegenzuchtverein Neuenbürg.

Am kommenden **Sonntag den 20. Dez., nachm. 3 Uhr,** findet in **Gräfenhausen** im **Gasthaus zum „Rößle"** eine

Mitglieder-Versammlung

statt. Sämtliche Ortsvereine sind dringend eingeladen.
Ausschußsitzung beginnt um 2½ Uhr.

Tages-Ordnung:
Tätigkeits- und Rechenschaftsbericht per 1925 und Programm für 1926.

J. A.: **Dr. Boepple,** Vorsitzender.

Weihnachts-Verkauf!

Zu außerordentlich günstigen Preisen biete ich an:
Klub- u. Ledermöbel, Teppiche, Bettvorlagen, Dekorationen und aparte Stores, Vorhänge und Dekorations-Stoffe, Chaiselongue-Decken, Tischdecken, Federn, Halbdaunen, Betten, Damaste, Leinen, Halbleinen, extra.

Adolf Weiblen, Pforzheim
Telefon 2287. — Bleichstraße 11.

Inserate heben den Umsatz!

Bezirks-Konsumverein

Neuenbürg a. E.

Abteilung: Textilwaren

! 20% Rabatt !

Großer

Reste-Ausverkauf

zu äußerst billigsten Preisen, sowie:

Ein Posten Sporthosen, Damen-Prinzeßröcke, Damen-Untertaillen, Damen-Schlupfhosen, Damen-Reformhosen,
Damen-Strümpfe in allen Farben und Qualitäten,
Damen-Wäsche und Trikotagen,
Kinder-Unterhosen u. Kittel in großer Auswahl.

Wollwaren:

Westen für Damen und Herren, reine Wolle, elegante, moderne Ausführung.
Kinder-Schürzen, Mädchenschürzen, Knabenschürzen.
Handtücher, Küchenhandtücher, gebrauchsfertig, prima Qualität.
Herren- und Damen-Handschuhe in allen Ausführungen.
Sport-Schals — Seidene Schals.

Ganz besonders günstige Einkaufsgelegenheit!

Bezirks-Arbeitsamt

Telefon Nr. 53.

Wir suchen:

Einige tüchtige **Mechaniker,** welche als Revolverdreher arbeiten können, zum sofortigen Eintritt.

Schulbad Neuenbürg.

Die nächsten Badetage sind am **23. und 30. Dezember 1925, 8. und 9. Januar 1926** dann regelmäßig wieder **Freitag und Samstag.**

Herrenalb.

Warnung!

Ich warne diejenigen arbeitsscheuen Leute, die nichts als Hetzerei und Schlechtes anzurichten suchen, mich überall zu vertreiben, mich ruchlos schädigen, sogar gesundheitlich mich mit bösartigen Ausdrücken bedrohen, mir Gift einzuschütten usw. Meine allernächsten Angehörigen, sogar kleine Kinder haben darunter zu leiden. Ihr feige Betterle, eure Feigheit wollt ihr mir zuschieben. Ihr Kundschafter tretet zurück. Ihr treibt Zuhälterei. Hesekiel 36, Vers 31.

Mina Ruff.

FLÜGEL
PIANOS
HARMONIUM

K. SCHEID
ältestes Pianohaus am Platze
Zerrennerstr. 7
Gymnasiumstr. 15

Ein reelles Hustenmittel!

Kaisers Brust-Caramellen mit den 3 Tannen

so bezeichnen unsere meisten Aerzte **Kaiser's Brust-Caramellen** mit den **3 Tannen.** Benutzen auch Sie dieses herrliche Mittel! Von Millionen im Gebrauch bei Husten, Heiserkeit, Brust-Katarrh, Verschleimung, Krampf- und Keuchhusten, sowie gegen Erkältung.

7000 Zeugnisse von Aerzten und Privaten. **Paket 40 Pfg., Dose 90 Pfg.**

Schutzmarke: **3 Tannen.**

Zu haben in allen Apotheken, Drogerien und wo Plakate sichtbar.

Ev. Gottesdienste

in Neuenbürg.

Sonntag, den 20. Dez. (4. Advent) **10 Uhr** Predigt (Hebr. 12, 12—15; Lied Nr 141):
Stadtvikar Taxis.
Anschließend Beichte auf das Abendmahl des Christfests.
4 Uhr Weihnachtsfeier der Kleinkinderschüler:
Dekan Dr. Megerlin.
Mittwoch keine Bibelstunde.

Kathol. Gottesdienst

in Neuenbürg.

Sonntag, den 20. Dezember 9 Uhr Predigt und Amt.
½2 Uhr Christenlehre u. Andacht.
Am Freitag, den 25. Dez. (Hochhl. Weihnachtsfest).
6 Uhr Engelamt
7 „ Hirtenamt
9 „ Predigt und Hochamt
2 „ Feierliche Andacht.
Am Samstag, den 26. Dez. (Fest des heiligen Stephanus).
9 Uhr Amt
2 Uhr Weihnachtsandacht.

Methodisten-Gemeinde

Neuenbürg.

Sonntag, den 20. Dezember 10 Uhr Gottesdienst;
Mittwoch abends 8 Uhr Bibel- und Gebetstunde.

Pfannkuch

Aus eigenen Kellereien gut gepflegte

Weine:

Tischwein (rot)
Flasche 90 ₰

Pfälzer Rotwein
Flasche 1.00 ℳ

Roussillon
Flasche 1.20 ℳ

Kallstatter
Flasche 1.30 ℳ

einschließlich Glas und Steuer.

Weitere Auswahl laut unserer Spezialliste.

Pfannkuch

Verschied. Matratzen,
Sofa, Chaiselongue, Chaiselonguedecken, versch. Fauteuils
(in Leder und Gobelin)
billig zu verkaufen.
Eugen Hellmuth, Pforzheim
Oestliche Nr. 47.

---

1 Waggon ewiges

Kleeheu

und 1 Waggon süßes

Wiesen-Oehmd

hat zu verkaufen und sieht Angeboten entgegen

Ad. Kappler,
Weil d. Stadt, Telefon 56

Pfannkuch

Süd-Weine

Alter Malaga
1/1 Flasche 1.80 ℳ
1/2 Flasche 1.15 ℳ

Tarragoner
1/1 Flasche 1.80 ℳ
1/2 Flasche 1.15 ℳ

Samos
1/1 Flasche 2.20 ℳ
1/2 Flasche 1.30 ℳ

Vermouth
„Cora"
1/1 Flasche 2.50 ℳ

Weitere Auswahl laut unserer Spezial-Liste.

Pfannkuch

LANDKREIS CALW Kreisarchiv Calw